



RUNDBRIEF

ZIMBABWE NETZWERK

Nr. 59, Januar 2014

Wie weiter? – Spielräume für Politik nach den Wahlen

- **Die Wahlen in Zimbabwe**
- **Politisch-ökonomische Perspektiven Zimbabwes**
- **Folgen der Landreform**
- **Landkonflikte**
- **Frauentrainingszentrum für Binga**
- **Nachdenkliches**
- **Aus der Arche Zimbabwe**
- **Reiseberichte**
- **Nelson Mandela: Einen großen Menschen verlor auch Zimbabwe**
- **Mitgliederversammlung des ZN**
- **Buchbesprechungen**
- **Chirikure Chirikure**





Editorial

Das Zimbabwe Netzwerk schaut in die Zukunft

2013 war kein einfaches Jahr, weder für Zimbabwe noch für das Zimbabwe Netzwerk. Einerseits suchte das Land zu Jahresbeginn eine neue eigene Verfassung, die immerhin im März verabschiedet werden konnte. Doch dann kam das noch schwierigere Werk der Parlaments- und Präsidentenwahlen, das in der Wiederherstellung der ZANU-PF-Alleinregierung endete und Mugabe sehr wahrscheinlich die Präsidentschaft auf Lebenszeit verschaffte. Eine Situation, in der es schwer fällt, Prognosen abzugeben.

Auch der Weg in unsere eigene Zukunft scheint noch ungewiss, wir arbeiten an einer Neupositionierung. Im April 2013 kamen wir zu einer intensiven Zukunftswerkstatt zusammen und setzten dann bei der Mitgliederversammlung im Herbst das Begonnene unter anderem mit den „Schreibgesprächen“ fort. Die Referenten haben uns dabei kräftig unterstützt, und so sehen wir dem gemeinsamen Seminar mit der KASA und der FES im April 2014 zuversichtlich entgegen. Können wir aus der poli-

tisch-ökonomischen Gemengelage eine Perspektive herausarbeiten? Zwei Referenten aus Zimbabwe haben uns ihre Teilnahme tendenziell bereits zugesagt, und wir freuen uns darauf, wenn wir sowohl Timothy Kondo als auch Brian Raftopoulos als Gäste begrüßen dürfen!

Bei der Suche nach Perspektiven und Spielräumen können uns einige der Artikel in diesem Heft sicherlich ein Stück weit unterstützen und wichtige Impulse und Eindrücke vermitteln. Sie können auch als Vorbereitung für die weitere Arbeit im Zimbabwe Netzwerk dienen, die sich ebenso verändern wird, wie wir den Rundbrief neu gestalten werden. Auf beides sind wir gespannt. Einstweilen ein Dank an Sabine Fiedler-Conradi, die als Redaktionskoordinatorin eingesprungen ist. Ein Dankeschön auch an Karlheinz Hülser, der wieder die Gestaltung übernahm.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich im neuen Jahr gutes Gelingen, viele erfüllte Wünsche – und viele Erkenntnisse bei der Lektüre!

Christoph Beninde

Eine Kolumne schafft Respekt

Die Journalistin Ruth Weiss ist uns als Zimbabwe Netzwerk seit unseren Anfängen in den frühen 80er Jahren eng verbunden. Die gegenseitige Wertschätzung intensivierte sich in den schwierigen Zeiten der andauernden politischen und ökonomischen Krise des Landes. Wir erlebten zusammen das Zimbabwe nach der Fassung Robert Mugabes, der uns in der Landreform ab 2000, der *Operation Murambatsvina* von 2005 und schließlich bei den gestohlenen Wahlen von 2008 sein wahres Gesicht zeigte. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln erlebten wir dann auch den harten Reifungsprozess im Umgang mit Krisen der Solidarität, lernten sowohl Ruths wohlthuende Zurückhaltung kennen als auch ihre pointierte Kritikfähigkeit.

So wussten wir Ruths Angebot zu schätzen, für unsere Homepage eine Kolumne zu schreiben, die den Prozess zur Parlaments- und Präsidentschaftswahl 2013 begleiten würde. Wöchentlich erschienen zwischen Ende Dezember 2012 und Mitte September 2013 insgesamt vierzig hochaktuelle Beiträge, die uns Lesende an der spannungsreichen Entwicklung bis zur Wiederwahl Robert Mugabes und zur Alleinherrschaft der ZANU-PF unmittelbar



teilhaben ließen. Ruth Weiss wählte mit Bedacht eine Vielfalt von Quellen aus Zimbabwe, Südafrika und dem Rest der Welt aus, die ihr eine so ausgewogene Analyse erlaubten, wie man sie in Zusammenhang mit Zimbabwe selten erlebt. Einen Teil davon hat Sabine Fiedler-Conradi vom Englischen ins Deutsche übertragen. Beiden gilt unser herzlichster Dank.

Wir haben es sehr bedauert, dass unser Server ausgerechnet in der heißen Wahlphase mehrfach zusammenbrach und unsere Homepage über Strecken hinweg unerschreibbar war. Als kleine Entschädigung sei auf Ruths angeblich „wahllose Gedanken“ (unten S. 8f.) und auf ihre Bemerkungen zu R. Mugabes späte Beileidsbezeugung zum Tod N. Mandelas (S. 36f.) verwiesen. Beides lässt uns voller Achtung auf die gespitzte Feder einer hervorragenden Journalistin blicken. In diesem Sinne wünsche ich uns noch manch Gemeinsames für die Zukunft.

Christoph Beninde



Editorial	2
Das Zimbabwe Netzwerk schaut in die Zukunft (<i>Christoph Beninde</i>)	2
Eine Kolumne schafft Respekt (<i>Christoph Beninde</i>)	2
Nachrichten	4
Schwerpunktthema: Wie weiter? – Spielräume für Politik nach den Wahlen	6
Ende eines Weges: Die Wahlen in Zimbabwe (<i>Hajo Zeeb</i>)	6
Zimbabwe nach der Wahl – wahllose Gedanken (<i>Ruth Weiss</i>)	8
Zimbabwe: Status quo after Harmonized Elections – Which Perspectives for the Constitutional Situation of Zimbabwe? (<i>Rev. Fr. Edward Ndeti</i>)	9
Politisch-ökonomische Perspektiven Simbabwes nach den Wahlen 2013 (<i>Beatrice Schlee</i>)	13
Im Brennpunkt: Bauern als Opfer oder Gewinner? Experten debattieren über Folgen der Landreform in Simbabwe	16
Landkonflikte im Südlichen Afrika – neue Entwicklungen und alte Probleme. Ein Tagungsbericht (<i>Simone Knapp</i>)	20
Zur Titelseite (<i>Karlheinz Hülser</i>)	22
Berichte und Hilfsprojekte	23
Ein Frauentrainingszentrum für Binga (<i>Monika Scheffler</i>)	23
Nachdenkliches aus erster Hand ... (<i>Robert Franck</i>)	25
Von Hühnern und Rollstühlen ... (<i>Ulrike Dürrbeck</i>)	27
Unterm Baobab	30
Von Besuchern und anderen Einheimischen – Eindrücke in Zimbabwe vom 10. bis 23. August 2013 (<i>Sylvia Reinartz</i>)	30
„Yeah, no problem!“ – in Zimbabwe vom 11. bis 25. Juli 2013 (<i>Adrian Breitlauch</i>)	33
Zum Tode Nelson Mandelas (<i>Lothar Reinhard</i>)	35
Warum Robert Mugabe sich Zeit ließ, sein Beileid zu bekunden ... (<i>Ruth Weiss</i>)	36
Doris Lessing 1919–2013 (<i>Sabine Fiedler-Conradi</i>)	37
ZN intern	38
Protokoll der Jahres-Mitgliederversammlung des Zimbabwe Netzwerks 2013 (<i>Wolfgang Herzog, Sylvia Reinartz</i>)	38
Chirikure Chirikure auf der MV des Netzwerks – ein nicht nur literarisches Highlight (<i>Hajo Zeeb</i>)	40
Impressum	41
Literarisches und Kulturelles	42
[Buchbesprechung:] Terence Ranger: Writing Revolt. An Engagement with African Nationalism 1957–67 (<i>Ruth Weiss</i>)	42
[Buchbesprechung:] NoViolet Bulawayo: We Need New Names (<i>Gisela Feurle</i>)	43
Chirikure Chirikure im Faust-Gespräch mit Andrea Pollmeier	45
Vorankündigungen	29, 48

Hajo Zeeb

Ende eines Weges: Die Wahlen in Zimbabwe

„Ich freue mich, dass die ZANU PF gewonnen hat – sie haben uns versprochen, dass wir jetzt Fabriken besitzen können, nun warte ich darauf, dass mir ein Anteil einer Fabrik gegeben wird“ – Kommentar eines jungen Mannes aus Tsholotsho Süd zu den Wahlen

(Zitat aus dem Bericht des Solidarity Peace Trust)

In seinem zweiteiligen Wahlbericht „The End of a Road“ legt der Solidarity Peace Trust (SPT) eine zusammenfassende Übersicht über den Wahlverlauf in Zimbabwe vor, die die wenigen vorhandenen Daten zur Wahl kritisch analysiert. Zugleich leistet SPT darin auch eine in die jüngere politische Geschichte eingebettete Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Entwicklung des Landes. Diese schließt an einen Bericht der Organisation aus dem Jahre 2009 zum Global Political Agreement an. Der neue Bericht ist auf der Webseite des SPT verfügbar.

Die Studie beginnt mit einer Übersicht über die Entwicklung der politischen Landschaft in Zimbabwe bis zu den Wahlen 2013, mit speziellem Augenmerk auf der ZANU PF. Zudem reflektiert sie hier auch die internationale Politik gegenüber Zimbabwe und die Schwäche der Opposition (siehe hierzu auch den Beitrag von Ruth Weiss in diesem Heft).

Der zweite Teil analysiert die Wählerstimmen und das Wahlverhalten. Die Autoren betonen, dass es keine unabhängige Berichterstattung über Wählerstimmen auf Wahlbezirksebene gab, obwohl eine große Zahl (ca. 20.000) unabhängiger lokaler Wahlbeobachter aktiv war. Die Wahlkommission ZEC (Zimbabwe Electoral Commission) hat nur Daten auf Provinzebene veröffentlicht, die eine genaue Untersuchung der problematischen Aspekte dieser Wahl – wie etwa die Anzahl abgewiesener Wähler – auf der Ebene einzelner Wahlbezirke kaum zulässt. Dies wird als zentraler Kritikpunkt und wesentliches Hindernis für eine Detailanalyse der Wahlen angesehen.

Die vorhandenen Informationen bestätigen eine sehr geringe Wahlbeteiligung in Matabeleland. So erreichte Morgan Tsvangirai in absoluten Zahlen in Harare dreimal mehr Stimmen als in Bulawayo. Ein möglicher Grund hierfür ist die Diaspora: Wählerinnen und Wähler waren zwar registriert, aber nicht anwesend. Dies wird auch von

Zahlen eines separaten Berichts zur Teilnahme der in Südafrika lebenden Zimbabweer untermauert, wonach nur wenige Tausend zum Wählen nach Zimbabwe kamen. Wesentlich ist aber auch die Spaltung der Opposition: Durch „split votes“ hat die ZANU PF in Matabeleland Nord und Süd gewonnen, obwohl die Opposition – wenn man die Wählerstimmen zusammenzählt – zwischen 52 und 59% der Stimmen erhielt.

Bei den abgewiesenen Wählern fand sich ein besonders hoher Anteil in Harare (15%). In vielen typischen ZANU-Provinzen war dieser Anteil deutlich geringer. Insgesamt wurden im Durchschnitt 7,4% der Wähler abgewiesen. Hier ist kein Vergleich mit früheren Wahlen möglich, da dies früher nicht berichtet wurde. Die Zahl der mit „Assistenz“ abgegebenen Wählerstimmen lag insgesamt deutlich unter der Analphabetenrate, die man als Orientierung für den Bedarf an Hilfestellung nehmen könnte. Andererseits liegen viele Berichte vor, denen zufolge völlig fähige Wähler mit einer von der ZANU gestellten „Assistenz“ unter Druck wählen mussten.

Bemerkenswert war der starke Anstieg der Anzahl von Stimmabgaben in etwa jedem vierten Wahlkreis. Davon entfielen 80% auf ZANU-dominierte Wahlkreise. Als Beispiel kann Harare Süd dienen: Der ZANU-Zuwachs lag bei 182% gegenüber 70% für die MDC. Der Bericht sieht hier das Spiegelbild einer gezielten Ansiedlung und politischen Kontrolle durch ZANU in diesen periurbanen Siedlungen während der vergangenen fünf Jahre. Auch in Harare Ost ergab sich ein ähnliches Bild, mit Verdreifachung der Stimmen für die ZANU. Kombiniert mit der 15%igen Abweisungsrate ergab sich ein ganz erheblicher Stimmenzuwachs für die ZANU, auch wenn die Wahlkreise Bulawayos erneut von der MDC gewonnen wurden. In Harare ging nur der Wahlkreis Harare Ost an die MDC, alle anderen gewann die ZANU.

Zusammenfassend stellt der Bericht fest, dass die MDC bezüglich der Gesamtstimmen im Vergleich der letzten drei Wahlen (2002, 2008, 2013) weitgehend stabil blieb, während die ZANU von 2002 nach 2008 deutlich verloren hat und 2013 wieder stärker zulegte. Im Vergleich zu 2002 lag der Zuwachs bei ca. 27%. Der MDC gelang es bisher bei keiner Wahl, mehr als 1,4 Millionen

Wähler zu gewinnen, die ZANU hingegen erreichte häufig über 1,5 und im Jahr 2013 sogar über 2 Millionen. Als ein wesentliches Element der Niederlage der Opposition wird ihre Spaltung angesehen. Statt der 2013 für die ZANU registrierten 79% wäre bei geeinter Opposition eine 2/3 Mehrheit für die ZANU nur ganz knapp erreicht worden, wobei andere Synergien und das politische Momentum einer geeinten Opposition noch gar nicht berücksichtigt sind.

Die Aussichten für eine Ablösung der ZANU sieht die Studie äußerst skeptisch. Auf der Basis der vergangenen fünf Wahlen kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass es der MDC auch 2018 nicht gelingen wird, mit einer auf Harare, kleinere Städte sowie die stark von der Diaspora betroffenen Regionen in Matabeleland beschränkten Basis die ZANU in die Opposition zu drängen. Diese Chance bestünde nur, falls es in der ZANU ausgeprägte interne Konflikte gäbe. Dies sei auch der sozioökonomischen Entwicklung in Zimbabwe geschuldet, die durch Patronage und politischen Druck seitens der ZANU zu einer weitgehend statischen Situation auf dem Land und pro-ZANU-Entwicklungen in einigen städtischen Bereichen geführt habe. Die ZANU-Elite in Zimbabwe sehen die Autoren als durch die jüngsten Entwicklungen deutlich gestärkt. Stärken der ZANU seien zugleich Schwächen der Opposition und lägen vor allem in den ländlichen

Gebieten, bei den Beschäftigten im informellen Bergbau-sektor und den in die periurbanen Zentren Umsiedelten.

Der Bericht stellt erneut heraus, dass bei fehlendem elektronischem Wählerverzeichnis – ein klarer Verstoß gegen das Wahlgesetz – alle Angaben auf den kaum nachprüfbar und für viele Teilaspekte nur auf Provinzebene vorgelegten Wahlstatistiken der Wahlkommission ZEC beruhen. Der Anhang zählt denn auch zwölf Kategorien von Verstößen gegen Gesetze seitens der Regierung bzw. der ZANU auf, die vor und während der Wahlen stattfanden – von fehlerhafter Wählerregistrierung bis zum gezielten Transport von ZANU-Wählern in bestimmte Wahlkreise am Wahltag.

Als Schlussfolgerung stellen die Autoren fest, der politische Weg der Opposition in Zimbabwe könne nicht wie bisher weitergehen – *the end of a road!* Es wird eine ganz neue Dynamik gefordert, da die Umstände, die zur Erstarkung der Opposition über die 1990er und 2000er Jahre geführt haben, nicht weiterbestehen. Für die ZANU liegt bei extrem schwierigen Rahmenbedingungen die Herausforderung darin, ihre Wahlversprechen umzusetzen.

Quelle: Solidarity Peace Trust (2013) *The End of a Road: The 2013 Elections in Zimbabwe*. Durban: Solidarity Peace Trust. www.solidaritypeacetrust.org



Ein aufmerksames Publikum bei der MV und dem Tagesseminar in Bonn zum Thema „Wie weiter? – Spielräume für Politik nach den Wahlen“

Zimbabwe nach der Wahl – wahllose Gedanken

Da ist zunächst einmal Traurigkeit, wegen der verlorenen Hoffnung und wegen der Enttäuschung von einstigen Freunden. Vor allem aber Bedauern: was hätte sein können für all die cleveren, einsatzfreudigen, freudvollen Menschen, die ich in Stadt und Land getroffen habe – im Unterschied zu dem, was nun ist!

Wer würde vor Jahren geglaubt haben, dass ein Besucher im Jahre 2013 schreiben würde: „In Mbare sind Schmutz, geplatze Abwasserrohre und schäbige Wohnungen Normalität. Fährt man von der Innenstadt Richtung Mbare, wird man vom Gestank der verstopften Kanalisation begrüßt, während zerbrochene Fenster und kaputte Mauern von verfallenen Gebäuden das Gesicht des ältesten Stadtteils der Hauptstadt bilden. Erschwerend kommt hinzu, dass Wasser- und Stromsperrungen zur täglichen Norm gehören.“ Stimmt schon, Mbare war nie mit einem der Stadtteile des Nordens vergleichbar, aber Schmutz und bittere Armut waren nicht immer schon normal, ebenso wenig wie Stromsperrungen, Trinkwasser aus Flaschen oder Furcht vor Zanu-PF-Schlägertrupps.

Diese vierzig Wochen mit einer wöchentlichen Kolumne abzudecken, hatte zunächst meine Hoffnung auf Veränderungen wiederbelebt, als nämlich Tag für Tag die Machenschaften, die Gier und die Korruption in der Zanu-PF aufgedeckt wurden, ebenso wie die Einseitigkeit bei der Polizei, der Armee und den Gerichten. Leider verflüchtigte sich diese Hoffnung bald wieder, während all dies ohne Konsequenz blieb. „Nichts tun!“ schien die Losung des Tages zu sein, mit der Ausnahme der bewunderungswürdigen Damen von WOZA (Women of Zimbabwe Arise), einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und mutigen Anwälten wie Beatrice Mtetwa.

Zeichen unschlüssiger, wankender Politik von Seiten der MDC-T hatte es allerdings schon zu Beginn des Global Political Agreement (GPA) gegeben. Zum Beispiel –

WARUM

– hat Morgan Tsvangirai nicht darauf bestanden, ins alte State House einzuziehen, was seinem Posten als Premier zusätzlich Gewicht verliehen hätte? War das alternative Angebot lukrativer? Campen vor dem State House würde den Präsidenten zum Handeln gezwungen haben, zumal dieser ohnehin im neuen, großzügigeren State House lebt und dem MDC-Vorsitzenden offenbar den Zugang zu dem verweigerte, was er als sein symbolisches Herrenhaus betrachtet.

– haben die MDCs nicht ihre parlamentarische Mehrheit

genutzt, um repressive Gesetzestexte zu reformieren, wie etwa den Public Order and Security Act (POSA) und den Access to Information and Protection of Privacy Act (AIPPA)?

– haben die MDCs Mugabes fortlaufende Verstöße gegen das GPA nicht vor Gericht gebracht, zum Beispiel die allein herrschaftliche Ernennung von Richtern und ständigen Staatssekretären oder diejenige von Generalstaatsanwalt General Johannes Tomana und dem Zentralbankgouverneur Gideon Gono?

– war Zanu-PF in der Lage, das Joint Monitoring Committee (JOMIC) – das Aufsichtsgremium für das GPA – zu dominieren, obwohl dort alle Koalitionsparteien vertreten waren? Zanu-PF hatte keine Mehrheit und konnte dennoch die SADC-Delegierten von JOMIC-Sitzungen ausschließen.

WARUM

– hat MDC das Urteil der African Commission on Human and People's Rights vom Februar 2013 nicht nachgehalten, wo es darum gegangen wäre, das Recht zu sichern, auch außerhalb des Landes an der Wahl teilzunehmen? Die Kommission hatte die zimbabwische Regierung angewiesen, beim Verfassungsreferendum im März und für kommende Wahlen zimbabwischen Staatsbürgern in der Diaspora die Briefwahl zu ermöglichen. Gemäß der Geschäftsordnung der African Commission ist eine einstweilige Verfügung verbindlich, dennoch machte die zimbabwische Regierung keinerlei Anstalten, sich an die Anordnung zu halten oder sie auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Da waren die MDCs noch Teil der Regierung – warum blieben sie also untätig?

– ließ MDC-T die Klage gegen das Wahlergebnis fallen?
– versäumten es sowohl MDC-T als auch andere Interessierte, die vom „Zimbabwean“ nach der Wahl veröffentlichten Dokumente breit zu streuen, wo in einem Fall gezeigt wurde, dass China der Zanu-PF bei der Wahlfälschung half, während das andere Papier die Finanzierung des Wahlkampfes der Zanu-PF offenlegte?

UND WO

– war der anhaltend lautstarke Protest von MDC-T gegen die unglaubliche Behandlung ihrer 29 Mitglieder aus Glen View, die wegen des Mords an einem Polizisten festgehalten wurden, den – so Richter Bhunu – 21 von ihnen gar nicht begangen haben können, so dass er sie am

19. September freisprach? Während den anderen sieben die Schuld erst einmal nachgewiesen werden muss? Warum gab es da nicht ständig Demonstrationen gegen ein Vorgehen, das so offensichtlich einer Justizposse gleichkam? Und wo blieb eigentlich der internationale Aufschrei? Von der ersten Verhaftung an zog sich der Fall über 27 Monate, mit zahlreichen Vertagungen, während Anwälte um die Kautionen kämpften, um ihre Mandanten frei zu bekommen, die in Harares berüchtigten Gefängnissen verkümmerten. Eine junge Frau starb in der Zelle. Solomon Madzore, Vorsitzender der Jugendorganisation von MDC-T und am 31. Juli zum Parlamentsabgeordneten gewählt, ist unter den nun Freigesprochenen. Er wurde strafrechtlich verfolgt, obwohl er ebenso wie so viele andere ein Alibi hatte.

Die Liste der Versäumnisse könnte man verlängern – allein zu übertreffen von Verfehlungen der Zanu-PF – so sehr, dass man sich nur noch fragt, warum die MDCs eigentlich glauben konnten, sie würden eine Wahl gewinnen, bei der die Karten so schlecht gemischt waren. Ein weiteres typisches Beispiel ist die rätselhafte Verfolgung von Morgan Komichi, stellvertretender Vorsitzender von MDC-T, der wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz in Untersuchungshaft sitzt. Er war noch Ende September im Hochsicherheitsgefängnis Chikurubi, nachdem er am 28. Juni verhaftet worden war. Komichi hatte Wahlzettel geöffnet, die während des Sonderwahltags für Angehörige

des Öffentlichen Dienstes in einem Papierkorb im Harare International Conference Centre gefunden wurden, aber die Wahlkommission weigerte sich, ihm zu glauben und behauptet statt dessen, Komichi habe mit Blick auf den 31. Juli Wahlurkunden gefälscht.

Hätte MDC die Wahl boykottieren sollen, zum Beispiel nach der Chaos-Registrierung, oder dem ähnlich chaotisch verlaufenen Sonderwahltag, oder als das Wählerverzeichnis nicht herausgerückt wurde? Oder hätten die Abgeordneten der Partei sich, wie aus der Diaspora vorgeschlagen, weigern sollen, die Parlamentssitze einzunehmen, nachdem man berechtigterweise behauptet hatte, dass die Wahl gefälscht worden sei?

Dies sind rückblickende Gedanken. Gebraucht werden nun vorwärts schauende Überlegungen: zum Beispiel, wie stehen die Chancen, dass das sozioökonomische Transformationsprogramm der Zanu-PF umgesetzt werden kann, die Regierungspolitik für die kommenden fünf Jahre? Das Wahlprogramm der Partei stützte sich auf Indigenisierung, Empowerment, Bergbau und eine Wiederbelebung der Industrie. Könnte dies die endemischen Probleme mit mangelnden Direktinvestitionen, Korruption, Arbeitslosigkeit und Armut lösen?

Was wird der 89 Jahre alte Präsident als nächstes tun: sich mehr oder weniger würdevoll zurückziehen – oder sich zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen lassen? Was auch immer geschieht – mit seinem Vorgehen muss Zimbabwe für weitere fünf lange Jahre leben.

(Übersetzung: Sabine Fiedler-Conradi)

*Rev. Fr. Edward Ndete,
Catholic Parliamentary Liaison Office, Harare*

Zimbabwe: Status quo after Harmonized Elections – Which Perspectives for the Constitutional Situation of Zimbabwe?

Der folgende Text von Edward Ndete ist eine gekürzte Fassung seines Vortrags auf dem Tagesseminar des Zimbabwe Netzwerk e.V. am 30. November 2013 in Bonn (Auslassungen sind gekennzeichnet: ...). Fr. Ndete ist Priester und Jurist. Für die Katholische Bischofskonferenz Zimbabwes fungiert er als Verbindungsmann zum Parlament.

1. Introduction

I feel greatly honored to stand before you to speak about Zimbabwe. My assignment is in two parts. The first is to give an update on Zimbabwe's current situation. ... I will try to do that briefly and clarify some of the aspects during plenary. But what I am not sure of is whether the

situation I will describe was caused, exacerbated or worsened by the outcome of the elections. Why, because for the past few years, positive perception has only been allowed if it involved regime change and a new government. There has been a demand for elections to be held under acceptable conditions seen by observers to be free and fair. The elections have come and gone and all ac-



credited foreign observers, all with some reservation, have accepted the elections reflected the will of the people to a standard that was within the norms of elections in Africa. Countries that openly said no to this election were Britain, U.S.A and Australia.

Whatever one's opinion maybe, what is beyond doubt today is that Zimbabwe has a newly elected government which will be in power for five years before going to the polls again. What is also beyond doubt is that the opposition's hopes of election are well and truly finished in the short term. The new government is in fact very old (33 years) and has all the required majority to go ahead as it chooses. The most positive thing is that out of all this there may be an opportunity because of the mess to move forward.

The financial system is at breaking point. Food reserves are at an all-time low and the season is breaking. The farmers, both new and old, the few white farmers and the many black farmers are crying out for the credit and an opportunity to make good the situation the country faces. Under current circumstances there is very little hope of anything being produced in 2013/2014 season. The required miracle becomes larger with every day that passes.

The other task is to relate the scenarios to the country's legal framework. I will try to do that with a few case studies that I have experienced.

2. The Status Quo

2.1. Jobs and the Economy

People are expecting the newly elected government to deliver jobs as part of the fulfillment in the constitution. Also in their election campaign manifesto, ZANU PF promised to resuscitate industry and create more than 2.2 million jobs in the next five years. This was a well thought strategy in a country where at least 80% of the people have no formal employment. Most of the streets, including in the Central Business District, are crowded with vendors selling vegetables, second hand clothes, or foreign currency exchange. It seems the vendors have increased after the elections, despite the regular arrests by the municipal police. How can people survive if they are not employed?

While economic progress has been made since dolla-rization in 2009 and some businesses have done well, it is still a struggle. Zimbabwe's growth rate has now dropped to 3.4 per cent – growth was 5.7 per cent in 2009 and averaged 9.7 per cent in 2010–11. The trade deficit is widening – in the first half of the year imports reached \$ 3.9bn against exports of \$ 1.5bn, resulting in a trade gap of \$ 2.4bn.

Companies are battling with liquidity constraints, depressed demand and stiff competition from cheap imports. High labor costs are also a burden, as are chronic power cuts and antiquated machinery. Against the prospects of the new government, people are more retrenched than being employed. ... In fact, there is fear most companies will not open after December festive season shut down. These figures exclude more than 10000 new graduates churned from state universities each year. ...

Zimbabwe is the richest country on earth with respect to untapped natural resources per person. It contains the world's largest diamond reserves, second largest platinum reserves and over 40 exploitable minerals. A recent study by the United States of America's Harvard Kennedy School entitled „The Atlas of Economic Complexity: Mapping Paths to Prosperity“ says Zimbabwe has the potential to become the fastest growing economy in Africa by 2020, especially if it utilizes its mineral resources efficiently. ... Whilst there can be difficulties in tapping the resources, the greatest challenge has been corruption. Recent figures released by Transparency International rated Zimbabwe the most corrupt nation in Southern Africa. It ranked 163 out of 176 countries. The newly appointed finance Minister, just like his predecessor, has complained proceeds from minerals, especially diamonds, are not reaching treasury.

2.2. Inadequate Food

Zimbabwe is no longer able to feed itself. The Land Redistribution Program of 2000 led to the deterioration of irrigation schemes that supplemented commercial and small holder produce on the dry land. The changing climatic conditions, untimely support of farmers and poor agriculture markets have worsened the situation. ... As I speak, more than 2 million people in Zimbabwe are without food and in need of food aid. The Zimbabwean government has asked Zambia to supply about 150 000 tonnes of maize. So far, the government has received 4,000 tonnes. But access is uncertain because of non payment of the delivered consignment. ... One result of our election observation was some people voted for certain political parties not because of choice, but because of poverty. They even volunteered to be assisted voters – though they were literate – so that those who assisted them would witness their political choices in the village, making them obedient and partisan candidates for food handouts and agriculture inputs!

2.3. Poor Service Delivery – Water and Electricity

Between August 2008 and February 2009, at least 3,623 people died and 76,127 people were infected by cholera. Although there has not been a similar outbreak over the years, sporadic cases of cholera and dysentery have been reported since the provision of clean water has not improved. Most people depend on shallow wells or boreholes. This also applies to electricity. On 30 September 2013, the State controlled Herald reported that Zimbabwe has a 17.69% deficit on its total domestic and commercial electricity requirements. ... Companies in the mining and other sectors of the economy have had to either invest in expensive diesel power generators or pay in advance for ring-fenced import direct power supplies. Adequate supplies of water and electricity are crucial for human and economic development lack of these basic needs is a violation of the rights of individuals according to the new constitution.

3. Perspective of the Constitutional Situation

Background to the New Constitution

- The new constitution is one of the tangible successes of the government of National Unity.
- The new constitution is in existence with existing laws (which are called acts of parliament) and as such, it has to be aligned to them. However, some argue there is

no need to align. What should happen is that those laws that are not in line with the new constitution should just be thrown away.

➤ This means the Ministry of Legal and Parliamentary affairs shall be very busy trying to align the laws to the constitution. This is likely to take much time of the legislators as well.

➤ My observation so far is that the government wants to start with the popular laws such as the death penalty as a way of soliciting public support. Already, the responsible Minister has shown his willingness to completely scrap the death penalty. This will enable the government to command respect from the Church and other organizations that are opposed to death penalty under any circumstances.

➤ This would mean laws that reinforce government control on people's lives such as POSA and AIPPA may be aligned later – or may not be aligned at all, especially if people are carried away with the excitements of initial alignment of the popular laws.

➤ The implementation part which is the alignment of the popular laws is likely to be challenging but will be speeded up as I have realised for example, the Minister of Information, moving around media houses hearing their views. Consequently, the government advertised licensing of private broadcasting. Media laws have been very sensitive for ZANU PF because its dominance, especially electronic media, contributed to its election victory – each ZANU PF rally addressed by its president, was broadcast live on national televisions, whilst other political parties were given small slots of adverts some of which mocked them. But restricted media space has also made ZANU PF very unpopular to the urban community. ZANU PF will try to open up the media, but will put restrictive mechanisms such as unaffordable license application fees.

➤ But there are also controversial issues in the new constitution such as devolution. The term devolution might remain in the constitution, but the practice of devolution will remain a pipedream. I have realized the ruling party has put what it calls Ministers of State for each province. There is nothing new about them except the name. In the past, they were called Provincial Governors and they reported directly to the president. Devolution will be difficult since the newly appointed Ministers of State will, just like in the old constitution, report to the president. Similarly, local policies are likely to be influenced by the policies of the ruling party.

➤ The Church has a program it calls Action for Better Governance. The program tries to empower communities to dialogue and discuss their challenges with policy makers, including use of locally available resources. It has organized sessions where communities 'Meet MPs'. This

program has also accompanied community representatives to parliament to discuss their issues with relevant parliamentary portfolio committees. The program is covering a portion of the communities, but if such programs are amplified, they can give communities their legitimate responsibility of demanding good governance, including a transparent and accountable local government in the context of devolution.

- > The president has a wide range of powers as already been shown. He appoints judges, ministers of state etc.
- > The three arms of the state are supposed to be equal and autonomous of each other. This has not been the case since from appointment the other arm (executive) dominates the two other arms.
- > Indigenization laws have hampered investment since 51 % of any shares of a company are supposed to belong to the locals who in turn are cash strapped.

Conclusion

The Zimbabwe situation, especially after the harmonized elections, has not been pretty. There is a saying ,when

times are hard, friends are few'. But this is the time when Zimbabwe needs more friends. Inspired by one of social teachings of the church (STC) principle – Option for the Poor – we need to assist the poor people in a sustainable way. Not by giving them food, money or handouts; but by enhancing their voices in civic issues. ... Many rights have been given by the constitution but for these rights to be realized will be a dream come true to most of our people. ... In fact, Zimbabwe citizenry should be more vigilant in demanding justice, accountability and transparency. When it comes to constitutional issues, the poor should be made aware of the most relevant sections and monitor adherence and implementation. Their efforts should be augmented by high level advocacy and liaisons, especially by respected institutions such as the Church. Apparently, the Church is well placed to drive such processes because of its structures that enable it to reach all areas, including remote and secluded places where human rights violations are pertinent. Indeed, the Church has remained one of the objective voices of the poor, after clear partisan attitude displayed by most NGOs, especially after the 2013 Harmonized Elections.

(Kürzungen: Hajo Zeeb)





Beatrice Schlee war von 2003 bis 2007 als Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Harare tätig und ist freie Mitarbeiterin am Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg. In ihrem Vortrag beim Tagesseminar des Zimbabwe Netzwerk e.V. am 30. November 2013 stellte sie Überlegungen darüber an, wie es in Zimbabwe nun wohl weitergehe. Dabei griff sie auch Aspekte auf, die im vorangegangenen „Schreibgespräch“ von Teilnehmenden aufgebracht worden waren. Der vorliegende Text fasst den Vortrag zusammen.

Beatrice Schlee

Politisch-ökonomische Perspektiven Simbabwes nach den Wahlen 2013

Noch befindet sich Simbabwe in einer Haltung des *wait and see*: Was genau hat die Regierung vor? Will sie wirklich ihr ehrgeiziges Wahlprogramm (Zanu-PF Manifesto) umsetzen, in dem sie beispielsweise innerhalb von fünf Jahren zwei Millionen neue Arbeitsplätze verspricht? Ist die Zimbabwe Agenda for Sustainable Socio-economic Transformation (ZIM Asset 2013–2018), die eine *empowered society* und eine *growing economy* verspricht, nur eine Neuauflage unzähliger anderer verfehlter Wirtschaftsprogramme der Zanu-PF?

Auf der politischen Seite startete Informationsminister Jonathan Moyo eine Charmeoffensive bei Medienvertretern der Zivilgesellschaft, er deutete sogar an, dass AIP-PA und POSA zurückgezogen werden könnten. Will die Regierung, deren Wahlergebnis zu gut gefälscht wurde, um noch glaubwürdig zu sein, damit einen Anflug von Legitimität zurückerobern? Oder handelt es sich schlicht um ein Mittel zum Zweck, um an die dringend benötigten internationalen Gebergelder zu kommen?

Dieser noch sehr offenen und für Zimbabwe so typischen „fluiden“ Situation stehen harte Fakten gegenüber:

Erstens hat der Nachfolgekampf innerhalb der Zanu-PF eine neue Dimension erreicht, insofern er erstmals in den Staatsmedien ausgetragen wird. Auslöser waren die Provinzwahlen, deren Ausgang für den Wahlkongress der Zanu-PF 2014 entscheidend sein kann (aber nicht muss). Wer die Provinzen hinter sich weiß, dessen Chancen stehen im Falle eines Rücktritts oder des Todes von Robert Mugabe gut, zu seinem Nachfolger ernannt zu werden. Die gerade beendeten Provinzwahlen waren ebenso wie die nationalen Wahlen im Juli von Wahlmanipulation und Drohungen geprägt. Einige hohe Zanu-PF-Funktionäre sprechen sogar von Todesdrohungen, die sie vom gegnerischen Camp erhalten hätten.

Zweitens ist die Regierung bankrott, der neue Finanzminister Patrick Chinamasa konnte für das kommende Jahr noch keinen Haushaltsplan vorlegen, weil ihm schlicht die Mittel dafür fehlen. Das Land benötigt dringend Direktinvestitionen aus dem Ausland, aber angesichts des „Wahlsiegs“ der Zanu-PF und des bekannten Umgangs der Partei mit Eigentumsrechten – Stichworte: Landreform, Indigenisierungsgesetz – sind diese in noch

weitere Ferne gerückt als zuvor. Die vielleicht größte Herausforderung des Regimes für jegliche politische und wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch die inzwischen allumfassende Korruption. Von dieser Regierung ist in dieser Hinsicht nicht zu viel zu erwarten, müsste sie sich doch ins eigene Fleisch schneiden.

Zu erwarten ist hingegen, dass die Regierung durch den weiteren Ausverkauf der Bodenschätze des Landes die Finanzmittel für den nationalen Haushalt zusammenstückeln wird. Von den Teilnehmern des Tagesseminars wurde bereits das Bild Simbabwe als „chinesischer Freihandelszone“ gebraucht. Hierfür wird auch ein neuer Pragmatismus gegenüber dem populistischen Nationalismus des Wahlkampfes praktiziert. Bereits die Wahl des neuen Indigenisierungsministers kündigte an, dass das Gesetz stark abgeschwächt, wenn nicht sogar de facto zurückgenommen werden wird. Zur Verbesserung der humanitären Situation – in Harare gibt es bereits neue Fälle von Cholera – wird der Westen umworben, vor allem die Weltbank und der IWF. Denn ohne vorzeigbare Ergebnisse im sozialen Bereich (Gesundheit, Bildung, Trinkwasser) wird 2018 ein Wahlsieg der Zanu-PF zwar nicht unmöglich – das hat das Lehrstück der Wahlen 2013 gezeigt –, jedoch erschwert. Auch wenn die Regierung kurz- und mittelfristig keine Mobilisierung seitens der Opposition, der Zivilgesellschaft oder unzufriedener Teile der Bevölkerung zu erwarten hat, so fürchtet sie doch unkontrollierbare Verhältnisse beim eigenen Sicherheitspersonal (Armee und Polizei) im Falle ausbleibender Löhne und Gehälter. Die Bilder plündernder Soldaten von 2008 haben sich offenbar tief ins Gedächtnis der Zanu-PF-Spitze eingepägt. Und wenn man der Partei etwas nicht vorwerfen kann, dann ist es mangelnde Lernfähigkeit im Umgang mit schwierigen Situationen.

Zwei Zukunftsszenarien wurden vorgestellt:

Szenario I: Mugabe stirbt im Amt, Joice Mujuru wird seine Nachfolgerin, die auf einen liberalen Wirtschaftskurs und eine partielle politische Öffnung des Landes setzt. Wirkungen: Langfristige Erneuerung und Verjüngung der Partei, Wahlsieg der Zanu-PF 2018, Kooptation der MDC. Hardliner und *securocrats* (Spitzen der Sicherheitskräfte) haben den Wahlsieg 2013 ermöglicht und werden sich einen Rückzug aus der Politik teuer (Ressourcen, Ämter) bezahlen lassen.

Szenario II: Mugabe stirbt im Amt, es gibt ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Emmerson Mnangagwa und Joice Mujuru, das zu einem gewaltsamen Konflikt führt. Falls Mnangagwa gewinnt, Rückfall des Landes in einen nationalistischen Autoritarismus, verfangen in Befreiungskampfrhetorik. Der Trend hin zu einem Militärregime wird weiter verstärkt. Mögliches Comeback der MDC-T als Opposition.

Im Hinblick auf die MDC-T muss festgestellt werden, dass mit ihr als Oppositionskraft kurz- und womöglich auch mittelfristig nicht zu rechnen sein wird. Ihre Zeit in der Regierung wie auch zuvor hat Defizite in der Strategieplanung, der Organisationsstärke, den *human resources* und der politischen Führung offengelegt. Momentan ist auch sie in eine Art Nachfolgekampf verstrickt, ohne dass der ehemalige Premierminister Tsvangirai auf sein Amt freiwillig verzichten möchte. Nach der Niederlage im Juli 2013 wird jedoch erneut seine Führungsstärke angezweifelt. Tendai Biti, der ehemalige Finanzminister, hat Ambitionen auf den Posten angemeldet. Biti fehlt es an Popularität und Charisma beim Volk, dafür erreicht er die urbane Mittelschicht. Gemeinsam mit Nelson Chamisa, der für die Organisation der Partei zuständig ist und – zwar nicht sofort, langfristig jedoch auch – Tsvangirai beerben möchte, wäre Biti eine gute Ergänzung. Doch wie bereits bei Welshman Ncube und Tsvangirai gesehen, stimmt auch hier die persönliche Chemie nicht. Man kann nur hoffen, dass die MDC die Zeit in der Opposition nutzt, um auf Gemeinde- und Provinzebene nachhaltige Parteistrukturen aufzubauen.

Die auf Governance-Themen ausgerichtete Zivilgesellschaft, die lange Zeit als ein Antriebsmotor für einen politischen Wandel gesehen wurde, steht vor einer ähnlichen Problematik. Fehlende Wurzeln in der ländlichen Bevölkerung machen die einzelnen, meist in Harare oder Bulawayo ansässigen Gruppen zu Fremden im eigenen Land. Um hier mehr Vertrauen aufzubauen ist ein längerfristiges Engagement in den Gemeinden notwendig. Ziel hierbei wäre ein politisches *empowerment* der Bevölkerung, das sie in geringerem Ausmaß zum Spielball einer übermächtigen Zanu-PF-Parteistruktur werden ließe. Das Eintrittstor könnten Kleinstprojekte sein, die auf den Alltag der ländlichen Bevölkerung zugeschnitten sind: z. B. Gartenbauhilfe, Kleintierzucht und der Erwerb neuer Fähigkeiten. Ebenso werden angesichts der zu erwartenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Projekte gebraucht, die Familien in den Gemeinden in ihrer Wirtschaftsfähigkeit, etwa im lokalen oder grenzüberschreitenden Handel unterstützen.

Um die Abhängigkeit der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfen der Zanu-PF, die im Wahlkampf 2013 erneut eine große Rolle spielten, zu verringern, sollte internationales Lobbying von NGOs darauf ausgerichtet sein, ausländischen Gebern deutlich zu machen, dass ihre Lebensmittel in Simbabwe meist von lokalen Zanu-PF-Strukturen verteilt werden. Hier müsste die Gebergemeinschaft gegenüber der Regierung darauf bestehen, dass die Verteilung ausschließlich über vertrauenswürdige NGOs und Kirchen läuft und andernfalls die Hilfe suspendieren. Parallel dazu müsste in größerem Ausmaß als bisher das Medienmonopol der Regierung im ländli-

chen Raum aufgebrochen werden. Dies könnte sowohl über das Sponsoring von Empfängern für Radio- und TV-Sender aus dem Ausland als auch über alternative Verteilungswege (Kopien von Zeitungen, Kassetten mit Radiosendungen) geschehen. Eine andere Form der Emanzipation ist natürlich Bildung. Umfragen zeigen, dass der Wunsch nach demokratischer Regierungsführung mit dem Bildungsniveau steigt.

Bevor die Zivilgesellschaft jedoch nach außen wirkt, wird sie ihre eigene Position in Hinblick auf Regierung und Opposition kritisch hinterfragen müssen. Einige Repräsentanten der Zivilgesellschaft waren auch beruflich eng mit der MDC liiert oder hatten sich Hoffnungen auf ein Amt in einer MDC-Regierung gemacht. Andere hingegen sehen angesichts des erneuten Wahlsiegs der Zanu-PF keine andere Perspektive, als sich für die stärkere Seite zu entscheiden und sich von der Zanu-PF anwerben zu lassen. Eine größere Unabhängigkeit der Organisationen von politischen Parteien würde zu ihrer Stärkung beitragen. Deutlich wurde im Tagesseminar, dass es sich bei Zanu-PF um ein „System“ handelt, das nicht durch einen einfachen Personenwechsel aufgelöst sein wird. Die Erfahrung zeigt, dass ein politischer Wandel in Richtung stärkerer Demokratisierung in größeren Zeiträumen gedacht werden muss als in der Vergangenheit (dafür spricht beispielsweise auch das undemokratische Verhalten einiger MDC-Mitglieder im Vorfeld ihres eigenen Wahlkongresses 2011).

Deshalb plädiert dieser Beitrag auch dafür, tiefer liegende Strukturen in den Blick zu nehmen, die *empowerment*, Konflikt- und Protestfähigkeit sowie Kooperation in Simbabwe schwierig machen, sei es in intraparteilichen Zusammenhängen, oder wenn es um die Kooperation zwischen verschiedenen lokalen NGOs geht. Zu

nennen ist erstens die durchgängige Sozialisation in autoritären Regimen. Die Gesellschaft konnte weder in der vorkolonialen noch der kolonialen oder postkolonialen Phase Erfahrungen mit einem demokratischen Staatswesen machen. Sowohl innerhalb der patriarchal strukturierten Familien als auch in den Gemeinden gibt es bis heute eine herausragende Position, die über Macht und Status verfügt (Familienoberhaupt bzw. *traditional leader/headman*). Hinzu kommt zweitens die traditionelle Kultur, die zwar längst nicht mehr in ihrer eigentlichen Form existiert (u.a. „Zanu-isierung“ der *traditional leaders*), in der Vergangenheit jedoch Konflikte – neben Formen des aus anderen afrikanischen Kontexten bekannten Palavers (gütliche Einigung, um den sozialen Frieden im Dorf wiederherzustellen) – auch mit der Ausstiegsoption löste. Wer mit dem König um seine Position rivalisieren wollte, ging fort und gründete seinen eigenen Herrschaftsbereich. Konflikte wurde damit aus dem Weg gegangen. Dieses Verhalten kann auch heute noch im politischen Verhalten beobachtet werden. Betrachtet man drittens durchgängige Erfahrungen von Gewalt, insbesondere während des Apartheidsystems der Kolonialzeit (Gefängnisaufenthalte von Mitgliedern der Opposition gegen die Kolonialherrschaft) des Unabhängigkeitskrieges, wie auch unter dem Mugabe-Regime (z.B. Matabeleland Massaker, Operation Murambatsvina, Repression nach den Wahlen 2008, etc.), so kann man bei zahlreichen Simbawern von traumatischem Dauerstress (Continuous Traumatic Stress – CTS) ausgehen. Im regionalen Vergleich lag die Traumatisierungsrate der Simbawer bereits vor 2008 höher als die der Nachbarländer.

Eine Begleiterscheinung von Trauma ist die Schwierigkeit seinen Mitmenschen Vertrauen entgegen zu bringen. Ohne Vertrauen ist jedoch kaum Kooperation wie auch

Fortsetzung unten S. 37



*Schreibgespräch –
to be continued ...*

rung und den Sicherheitskräften dieselbe Sprache wie damals benutzen, um die Enteignung von Bergwerken und Unternehmen zu rechtfertigen. Hanlon und seine Ko-Autoren billigen so etwas oder loben es gar und zeigen damit, dass für sie der Zweck die Mittel heiligt. Sie ignorieren die 60 Prozent der Simbabweer, die in Armut leben, sowie die mindestens 50 Prozent Arbeitslosen. Und sie zeigen, dass ihnen die entscheidende Rolle von starken Institutionen für Entwicklungsprozesse unbekannt ist.

Diese Art Revisionismus mag nützlich sein, um Bücher zu verkaufen oder Wählerstimmen zu fangen. Er trägt aber nichts bei zu seriösen Debatten über die Rolle der Landwirtschaft – speziell der Kleinbauern – für ökonomische Entwicklung in der heutigen globalisierten Wirtschaft.

KOMMENTAR

Landreform und Hungerbekämpfung

von Roman Herre, 1. August 2013

Es war zu erwarten, dass eine Debatte über Zimbabwes Landreform kontrovers geführt wird. Das ist gut. Es hilft, hinter die verkrustete Fassade unseres westlichen, gut gefütterten Bildes der Landreform in Simbabwe zu blicken. Hawkins versucht in seinem Artikel, ein Bild zu vermitteln, in dem das Agrarmodell vor der Fast Track Land Reform 2000 die nationale Ernährung besser gesichert hätte. Laut FAO ist trotz des Bevölkerungswachstums die Zahl der Hungernden in Simbabwe von 2000 bis 2011

jedoch von 5 auf 4 Millionen Menschen gesunken. Man bedenke: all dies ohne einen Cent Entwicklungshilfe. Daher ist es wichtig, über den Tellerrand von Produktionsmengen, wie Hawkins es tut, zu blicken.

Typisch für jeden Transformationsprozess ist, dass einige Sektoren verlieren und andere gewinnen. So darf es nicht verwundern, dass der Exportsektor (Rindfleisch, Kaffee, Tee, Weizen) nach 2000 stark geschrumpft ist. Auf der anderen Seite boomte jedoch der Anbau von Grundnahrungsmitteln für den nationalen Verbrauch. Die Hirseproduktion ist um 163 Prozent gestiegen, der Bohnenanbau hat sich mit 283 Prozent fast verdreifacht. Ein möglicher Grund für den Rückgang der Hungerzahlen der FAO.

Hanebüchen ist zudem Hawkins Vergleich mit China. Das gleich auf zweierlei Weise. Zum einen ignoriert er die dortige „Institutionen-Ökonomik“. Genau dies wirft er ja seinem Gegenüber Hanlon für Simbabwe vor. Zum anderen sollte er als Ökonom am besten wissen, dass man Zimbabwes Agrarwirtschaft vor 2000 eher mit der Sambias oder Namibias vergleichen sollte. Die dort dominierende Agrarexportpolitik bzw. Nicht-Umsetzung einer umfassenden Agrarreform geht laut FAO einher mit einem starken Anstieg des Hungers (Sambia 131 Prozent mehr Hungernde, Namibia 43 Prozent mehr Hungernde).

Auch wenn die FAO-Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, sind sie gewichtige Indikatoren, die uns daran erinnern, unverteilende Agrarreformen wieder ins Zentrum der entwicklungspolitischen Debatten zu rücken.

Simone Knapp

Landkonflikte im Südlichen Afrika – neue Entwicklungen und alte Probleme. Ein Tagungsbericht

Im November unternahm es eine hochrangig besetzte Tagung zu Landkonflikten im Südlichen Afrika, „im Dialog mit Betroffenen, Involvierten und Forschenden“ die Frage nach einer nachhaltigen Landreform neu zu stellen. Sie fand in den Basler Afrikabibliographien statt, organisiert von drei Schweizer Organisationen: der KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika), dem Solifonds und dem Afrika-Komitee. Der regionale Fokus der Tagung lag auf Südafrika und Simbabwe. Simbabwe ist von Interesse aufgrund erster sichtbarer Erfolge bei der sehr umstrittenen *Fast Track Land Reform* seit dem Jahre 2000, Südafrika umgekehrt

wegen der fehlgeschlagenen Umverteilung über das Prinzip *Willing Seller – Willing Buyer*, für das von Regierungsseite nach wie vor keine Alternative ausgearbeitet wurde. Prof. Lungisile Ntsebeza von der Universität Kapstadt brachte als Vergleichsland Sambia in die Diskussion ein, das während Kaundas Präsidentschaft wegen seiner recht progressiven Landpolitik als Gegenmodell zu den noch bestehenden Siedlerkolonien im Südlichen Afrika galt, sich aber während seiner zweiten Demokratisierung in den 1990er Jahren unter Chiluba auch in der Landfrage einer neoliberalen Politik verschrieb – mit verheerenden Folgen für die ländliche Bevölkerung.



Walter Chambati
(AIAS) mit
Barbara Müller
(KEESA)

Ntsebezas Forschungsschwerpunkt liegt in der Demokratisierung der Landpolitik. Generell gilt für das Südliche Afrika, dass bei der Landvergabe in den *communal lands*¹⁾ der Einfluss traditioneller Führer eine wesentliche Rolle spielt. Für die Landfrage entscheidend ist dabei, dass sich gewohnheitsrechtlich geregelte Gepflogenheiten seit der Kolonialzeit veränderten, als die *Chiefs* tendenziell zu Handlangern der Kolonial- und Apartheidmächte wurden. Insbesondere Frauenorganisationen wehren sich vehement gegen die patriarchalen Strukturen, die zudem die Zweiklassengesellschaft zwischen Stadt und Land aufrechterhalten und damit verfassungsmäßige Gleichstellungsrechte untergraben.

Fragen wie die nach der praktizierten Landvergabe, dem Einfluss der *Chiefs*, der Korruption und der Rechtlosigkeit von Frauen blitzten während der gesamten Tagung immer wieder auf, wurden aber nicht eigens herausgearbeitet. Wirklich deutlich wurde einzig Mercia Andrews von TCOE (Trust for Community Outreach and Education, Kapstadt) – vielleicht, weil sie die einzige Frau unter den Referenten war. Sie betonte, im Interesse einer restaurativen Gerechtigkeit sei eine Enteignung der weißen Farmer zwar unumgänglich, dabei gehe es aber nicht um Verstaatlichung, sondern um eine Vergesellschaftung. Die Frage nach dem Gemeinwohl, den *Commons*, nach der Rolle der Gemeinschaften oder Dorfgemeinschaften gelte es nicht zuletzt auf dem Hintergrund der „Grundfrage“ der Landnutzung neu zu stellen. Denn was soll mit dem Land geschehen, das umverteilt wird? Wird es nach rein marktbasierten Maßstäben bewertet?

Und welche Chancen haben Kleinbauern oder mittelständische Farmer denn heute überhaupt noch auf dem Weltmarkt? Andrews stellte klar, dass in Südafrika von Seiten der Parteien keine Lösungen zu erwarten seien, da sie einen rein städtischen Blick auf die Landfrage hätten.

Inwieweit diese Problematik auch für Simbabwe gilt, blieb offen. Walter Chambati vom African Institute for Agrarian Studies – AIAS – in Harare verdeutlichte in eindrücklicher Weise die Erfolge der Landreform in Simbabwe, die das Institut im Rahmen intensiver Recherchen in sechs der acht Provinzen dokumentiert hat: Am meisten profitierten die Bauern aus den *communal lands*, ferner erhielten etwa dreißig Prozent der städtischen Bevölkerung und immerhin sieben Prozent der ehemaligen Farmarbeiter Zugang zu Land. Chambati betonte, die Landvergabe sei keineswegs als chaotisch zu bezeichnen, wies aber darauf hin, zu den wichtigen Landvergabekriterien habe die Zugehörigkeit zu einer regional vorherrschenden Gruppe gezählt (auf den Faktor Parteizugehörigkeit ging er nicht ein). Dies habe insbesondere Migranten den Zugang zu Land erschwert – und dies trifft besonders Farmarbeiter, die größtenteils ursprünglich aus Mosambik oder anderen angrenzenden Ländern stammen. Besonders erfolgreich seien laut der Studie die Kleinbauern, die vor allem für die eigene Versorgung und den lokalen Markt produzieren. Dies gehe nicht zuletzt auf die marode Infrastruktur sowie fehlende Finanzmittel zurück, von denen mittelständische Betriebe weitaus stärker abhängen.

Doch auch bei der simbabwischen Landreform wird an den Grundfesten der Landverteilung nicht gerüttelt. Auch

wenn mehr Boden von mehr eigenständigen Bauern bewirtschaftet wird, wird nicht an der Kategorisierung *communal land* gerüttelt. Die Unsicherheit der Besitzverhältnisse (*tenure system*) bleibt auch nach der Landreform bestehen, und ohne Landtitel haben auch die neuen Landbesitzer keinen Zugang zu Krediten für Investitionen. Ntsebezas Frage an Chambati, ob Simbabwe nun dekolonisiert sei, müßte daher mit nein beantwortet werden, denn auch nach der *Fast Track Landreform* bleiben die kolonialen Strukturen weitgehend erhalten.

Wie die Wirklichkeit in Simbabwe jenseits der in Teilen erfolgreichen Landreform aussehen kann, und in welchem Maß auch hier machtpolitische und Gewinninteressen im Vordergrund stehen, beschrieben Claris Madhuku (Platform for Youth Development) und Wedzerai Gwenzi aus Chisumbanje mit erschütternden Bildern. Dort kämpft eine Region gegen die dubiosen Geschäftspraktiken einer Ethanolfabrik, die die Ernte der Bauern und die gesamte Umwelt zerstört und somit alle Dorfbewohner vertreibt. Besonders dramatisch zeigt sich hier die fehlende Rechtssicherheit. Gab es vor den Wahlen noch deutlich positive Entwicklungen – einerseits, weil beide Parteien

(MDC und ZANU-PF) in der Regierungsverantwortung waren, andererseits weil die ZANU-PF auf Stimmenfang aus war –, so ist jetzt klar, dass die kriminellen Machenschaften die Oberhand gewonnen haben, zu Lasten der Dörfer und der Bauern, die wieder einmal die Hauptverlierer sind. Hieran wird deutlich, wie wenig eine Landreform tatsächlich verändert, wenn unerlässliche Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit, Gewaltenteilung und echte Mitbestimmung fehlen.

Die Stärke der Tagung lag in der Verknüpfung von Wissenschaft und Basisbewegung. Dabei überzeugten die Delegierten der Chisumbanje-Gemeinschaft ebenso wie der Vertreter der Farmarbeitergewerkschaft. Sie stehen für eine neue Generation von Aktivisten, die sich, durch moderne Technik vernetzt, den Machtapparaten widersetzen. Der Kampf im Fall Chisumbanje erfordert internationale Aufmerksamkeit. Vorrangig geht es um die Offenlegung der Machenschaften der Hintermänner der Ethanolfabrik und ihrer internationalen Verbindungen.

¹⁾ Land, das nach traditionellem Recht vergeben wird; Gemeinschaftsland; meist ehemalige Reservate



Walter Chambati, Lungisile Ntsebeza, Elisio Macamo (Moderation), Claris Madhuku, Mer-cia Andrews

Zur Titelseite

Das Foto auf der Titelseite hat Sylvia Reinartz von ihrer Reise nach Zimbabwe im Sommer 2013 mitgebracht (vgl. S. 30f.). Ich finde, es passt wunderbar zum Schwerpunkt

dieses Rundbriefs. Durch die Balance-Akte mit ihrem Brett führen die Kinder ein wenig vor, wie das mit der Suche nach Spielräumen für künftiges Handeln gehen könnte. Vielleicht finden sie ja erwachsene Nachahmer.

Karlheinz Hülser

Das Verhältnis zwischen Mugabe und Mandela war gespannt, obwohl Mandela in Zimbabwe verehrt wurde und es eines der ersten Länder war, die Mandela 1990 besuchte. Internationale Medien sprachen von Mugabes Eifersucht auf Mandela. Nachdem Mandela 1990 aus dem Gefängnis gekommen war, wurde er zum Liebling der Welt. Der „Held Mugabe“ war vergessen. Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy erzählte einmal nach einer Begegnung mit Mandela, dieser habe ihm gesagt, Mugabe sei gegen seine Freilassung gewesen.

Und in einem TV Interview von 2012 kritisierte Mugabe den Südafrikaner und meinte, dieser sei Weißen gegenüber ein allzu großer Heiliger gewesen. Mandela hatte Mugabe zuvor kritisiert, als er von „tragischem Versagen“ der Führerschaft in Zimbabwe sprach.

Eine Geschichte menschlicher Gefühle – denn auch Führer sind eben Menschen. Was sicher nicht heißt, dass Mugabe den Festlichkeiten fern bleiben wird ...

Lüdinghausen, den 9. Dezember 2013 *Ruth Weiss*

Doris Lessing 1919–2013

Im November ist Doris Lessing im Alter von 94 Jahren gestorben. Die Nobelpreisträgerin für Literatur wuchs im damaligen Südrhodesien auf einer Farm bei Banket auf, verließ Familie und Schule schon als Jugendliche und schlug sich mit verschiedenen Jobs in Salisbury durch. Dort war sie auch am Aufbau der Kommunistischen Partei beteiligt. Ihre zweite Ehe mit dem exilierten deutschen Juristen Gottfried Lessing scheiterte ebenso wie die erste. 1949 zog sie nach Großbritannien und schrieb sich dort in der berühmt gewordenen *Afrikanischen Tragödie* ihre Erlebnisse auf der elterlichen Farm von der Seele (Originaltitel: *The Grass is Singing*), in einer beklemmenden Schilderung, die die lähmenden Folgen der Segregation von Schwarz und Weiß unmittelbar spürbar macht. Der Schaden, den die Rassentrennung sowohl in der Psyche der – bei Lessing überwiegend weißen – Beteiligten wie auch in der Gesellschaft als ganzer anrichtet, blieb ebenfalls Thema in dem Romanzyklus *Kinder der Gewalt* (*Children of Violence*), in dem sie ihre eigene Biographie mit dem Schicksal Rhodesiens verwoben hat, vor allem in den 1940er Jahren. Im Deutschen sind auch zauberhafte Kurzgeschichten erschienen, die in Rhodesien spielen und in denen man das *veld* förmlich riechen kann, besonders in



der darbenenden Trockenzeit: *Der Zauber ist nicht verkäuflich*. Viel später setzte sich Doris Lessing in *Das Leben meiner Mutter* (*Impertinent Daughters* und *My Mother's Life*) erneut mit dem Leben einer weißen Farmersfamilie auseinander – ihr vielleicht persönlichstes Buch.

Ihr erstes Wiedersehen mit dem Land ihrer Jugend wurde 1956 Gegenstand von *Heimkehr* (*Going Home*). Da sie darin mit Anklagen gegen die südrhodesische Diktatur nicht sparte, verhängte das Regime gegen die Schriftstellerin den Status einer *persona non grata*. Die nächste Reise musste auf die Unabhängigkeit Zimbabwes warten – dann aber reiste Doris Lessing gleich vier Mal binnen kurzer Zeit. Ihre Reisebeschreibungen erschienen in Deutschland unter dem schlichten Titel *Rückkehr nach Afrika*. Die Originalausgabe aber heißt *African Laughter*. Darin hört man auch die Autorin lachen, als ihr angesichts der Auflösung siedlerkolonialer Beklemmungen ein Stein nach dem anderen vom Herzen fällt.

Sabine Fiedler-Conradi

Fortsetzung von S. 15

eine friedliche Konfliktlösung zwischen Gegnern möglich. Auch wenn dieser Bereich der simbabwischen Gesellschaft, insbesondere ihrer politischen Führungsschicht, noch zu wenig erforscht ist, ist davon auszugehen, dass Trauma-Aufarbeitung, wie sie aufgrund lokaler Initiativen in einigen ländlichen Gebieten Simbabwes bereits begonnen hat, für eine friedliche und demokratische Zukunft des Landes unerlässlich ist.

Diejenigen, die sich für eine demokratische Öffnung des Landes und die Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte in Zimbabwe einsetzen, stehen

damit vor großen Herausforderungen. Vielleicht haben die Wahlen 2013 den (einzigen) Vorteil, dass ein Stück mehr Realismus in die Debatte um die Möglichkeiten und (vorläufigen) Grenzen politischen und sozialen Wandels kommt. Die simbabwische Bevölkerung hat in der Vergangenheit den direkten Konflikt mit der Regierung aus nachvollziehbaren Gründen gescheut. Doch ein Konflikt, dem man aus dem Weg geht, wird nicht gelöst werden. Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit wird es sein, die Menschen dahingehend zu unterstützen, dass sie sich ermächtigt fühlen, einen Wandel aktiv mit anzustoßen, sei es im kleineren oder im größeren sozialen Umfeld.